

Die fünf Hilfsorganisationen fordern bedarfsgerechte Finanzierung des Katastrophenschutzes

Hannover (NI). Die Landesverbände der fünf anerkannten gemeinnützigen Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser Hilfsdienst (MHD) zeigen sich besorgt über die angekündigten Kürzungen im Katastrophenschutz-Budget des Landes Niedersachsen. Trotz des Landtagsbeschlusses vom September 2024, der den Ausbau und die nachhaltige Finanzierung des Bevölkerungsschutzes als Priorität festgelegt hat, sieht die Haushaltsplanung für 2025 eine drastische Kürzung der „Zuschüsse an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen“ um 1 Million Euro vor.



Die Mittel reduzieren sich damit auf nur noch 436.000 Euro für alle Organisationen und erreichen damit wieder den Stand von 2021, der Zeit vor der Zeitenwende.

„Die angekündigten Kürzungen sind ein fatales Signal an alle, die tagtäglich und unter oft schwierigen Bedingungen für die Sicherheit in Niedersachsen eintreten. Ehrenamtliche sind das Rückgrat des Bevölkerungsschutzes. Sie haben Anspruch auf eine zeitgemäße Ausstattung und eine intensive Ausbildung, um im Ernstfall Leben retten zu können“, so Thomas Heine, Landesgeschäftsführer des ASB-Landesverbandes Niedersachsen.

Die Hilfsorganisationen weisen darauf hin, dass die finanziellen Einsparungen nicht nur auf Kosten der Ausrüstung und Ausbildung gehen, sondern auch die Motivation und die Arbeit der Ehrenamtlichen im Bevölkerungsschutz belasten. In Anbetracht der zunehmenden Klimaextreme und anderer Krisensituationen sowie der sicherheitspolitischen Situation sei es von höchster Dringlichkeit, den Bevölkerungsschutz zukunftssicher und bedarfsgerecht auszugestalten. Als Mitglied des Landesvorstandes der JUH Niedersachsen/Bremen führt Uwe Beyes hierzu aus: „Eine bedarfsgerechte Finanzierung ist nicht nur eine Investition in unsere Sicherheit, sondern auch ein Zeichen der Wertschätzung für die Menschen, die in

Krisensituationen für die Gesellschaft eintreten.“

Die fünf Hilfsorganisationen appellieren eindringlich an die Landesregierung, den Landtagsbeschluss ernst zu nehmen und die Förderung der Ausstattung und Ausbildung von Katastrophenschutzeinheiten weiterhin jährlich um mindestens 1 Million Euro aufzustocken.

Sie weisen weiter darauf hin, dass die Hilfsorganisationen dauerhaft nicht in der Lage sind, mehrere Millionen Euro jährlich aus Eigenmitteln im Katastrophenschutz zu verausgaben. Es muss dringend eine Lösung für die Übernahme der sogenannten konsumtiven Kosten, die für die Wartung, Instandhaltung sowie Unterbringung von Fahrzeugen und Material des Katastrophenschutzes aufgewendet werden, gefunden werden, um die Einsatzfähigkeit der Katastrophenschutzeinheiten zu gewährleisten.

„Wir werden nicht in der Lage sein, die immer komplexeren Herausforderungen des Katastrophenschutzes in Niedersachsen allein durch Eigenmittel zu stemmen“, erklärt Dr. Ralf Selbach, Vorstandsvorsitzender des DRK-Landesverbandes Niedersachsen e. V. „Für die konsumtiven Kosten sind dringend zusätzliche Mittel in Millionenhöhe notwendig, damit wir weiterhin zuverlässig und schnell helfen können.“

Text: Kerstin Hiller DRK Landesverband Niedersachsen